

EVAL-Datenbank:
PERSOAC - TB 10 - Kurz
POL1350 - TB 76

Geschacher und Größenwahn

ANALYSE Österreichs Regierungschef Sebastian Kurz droht eine Anklage. Setzt sich die landesübliche Neigung durch, Skandale geräuschlos zu beenden?

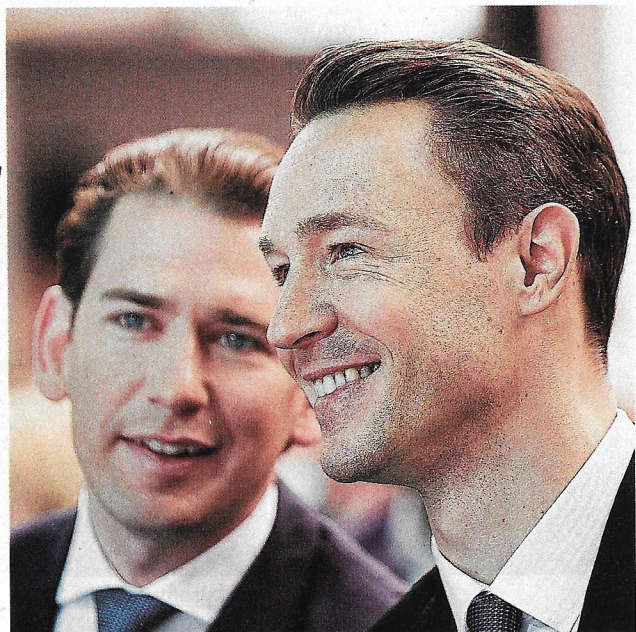
Wer würde derzeit wetten wollen aufs politische Überleben von Kanzler Sebastian Kurz? Viele, vor allem ausländische Beobachter sehen Österreichs Regierungschef im freien Fall. Vom Wunderwuzzi zum Alpen-Orbán, zum Feind von Rechtsstaat und Gewaltenteilung – so schnell kann sich der Wind drehen.

Kurz wird seit vergangener Woche beschuldigt, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Ibiza-Affäre falsch ausgesagt zu haben. Ihm droht nun ein Verfahren mit einem Strafrahmen von bis zu drei Jahren Haft. Das zu verhandelnde Delikt wirkt aber fast marginal, wenn man aufs größere Ganze blickt: Kurz und seine langjährigen Getreuen müssen sich des Vorwurfs erwehren, flächendeckend an Säulen der parlamentarischen Demokratie zu sägen.

Je mehr aus den Akten der Staatsanwälte durchsickert, je handfester die Vorwürfe über Freunderlwirtschaft, Postenschacher und Größenwahn werden, desto enger der Schulterschluss in den Reihen von Kurz. Waren sie doch Ende 2017 angetreten mit dem Versprechen, künftig gegen Hinterzimmer-Deals und Parteibuchwirtschaft vorzugehen. Nun klagen die Konservativen über »Diffamierung« und eine Kampagne gegen den seit Langem beliebtesten Regierungschef Österreichs.

In Umfragen liegt die Kanzlerpartei ÖVP mit rund 34 Prozent weiter einsam vorn. Unklar ist bis dato, ob Kurz überhaupt vor Gericht landen wird; unklarer noch, ob er verurteilt würde. Nicht nur, weil für einen Schuldspruch der – schwierig zu erbringende – Beweis einer vorsätzlich falschen Aussage nötig wäre. Sondern auch, weil – tief in der österreichischen DNA verankert – die Neigung überdauert, hochrangige Fälle nach lautstarkem Hin und Her so diskret wie gesichtswahrend zu beerdigen.

»Daschlogt's es«, auf Hochdeutsch: »Schlagt das Verfahren nieder«: So beschrieb ein aktuell suspendierter, zuvor fast allmächtiger Justizbeamter gegenüber Staatsanwälten das Vorge-



Kanzler Kurz, Finanzminister Blümel

hen in der ebenfalls heiklen »Eurofighter«-Causa. Sein Zitat beschreibt, überspitzt, das bewährte Modell, Verfahren gegen Aushängeschilder der Republik werden in Österreich mit größtem Bedacht angegangen.

Ex-Bundeskanzler Fred Sinowatz überstand 1993 den Prozess um die Affäre wegen illegaler Waffenlieferungen an den Irak und Iran mit einem lupenreinen Freispruch – dabei war er laut Untersuchungsausschuss »voll informiert«. Das lukrative Geschäft war Zeugenaussagen zufolge vom sozialdemokratischen Sonnenkanzler Bruno Kreisky abgesegnet worden. Mit dem Zitat: »Macht's es, aber unter der Tüchent«, spricht: heimlich.

Ein mehrjähriges Verfahren wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch und Untreue gegen den amtierenden sozialdemokratischen Bundeskanzler Werner Faymann wurde 2013 eingestellt – obwohl die Ermittler glaubhaft nachweisen konnten, dass der Regierungschef sich mit öffentlichen Geldern gefällige Berichterstattung bei Boulevardblättern erkaufte. Faymann, der das bestreitet, regierte anschließend weitere zweieinhalb Jahre.

Die Causa des glamourösen Ex-Finanzministers Karl-Heinz Grasser

Noch nie seit 1945 musste ein amtierender Bundeskanzler in Österreich auf die Anklagebank.

schließlich bleibt auch im zwölften Jahr nach Beginn der Ermittlungen ungeklärt: Ihm wird millionenschwere Untreue zulasten der Republik vorgeworfen. Grasser, einst Zugpferd aus dem Stall des Rechtspopulisten Jörg Haider, ist zwar erstinstanzlich verurteilt, dementiert aber und erfreut sich weiter seines Lebens auf freiem Fuß.

Eine Anklage gegen Sebastian Kurz, der die Vorwürfe bestreitet, käme einem Meilenstein gleich: Noch nie seit 1945 musste ein amtierender Bundeskanzler in Österreich auf die Anklagebank. Schwer vorstellbar, dass der Chef der Exekutive zwischen Treffen mit Regierungschefs, mitten in der Coronakrise und der Wirtschaftslaute, im Großen Wiener Schwurgerichtssaal antritt. Einem Kämpfer wie Kurz, dem Selbstzweifel zumindest dem Anschein nach fremd sind, ist aber auch das zuzutrauen. Selbst für den Fall einer Verurteilung schließt er seinen Verbleib im Amt bisher nicht aus.

Viel wird ab sofort vom Koalitionspartner abhängen, von den Grünen. Für hohe Ansprüche an Moral und politische Transparenz bekannt, muss die Ökopartei beim Bundeskongress am 13. Juni ihren Standpunkt justieren. Gegen ein geschätztes Dutzend ÖVPler darunter aktuelle und frühere Minister, wird inzwischen wegen unterschiedlicher Delikte ermittelt – darunter auch Finanzminister Gernot Blümel. Die Grünen zeigen ihren Mitregierenden im Untersuchungsausschuss die Zähne – scheinen aber koalitionstreu bleiben zu wollen, solange keine Anklage gegen Kurz erhoben wird. Umfragen sagen den Grünen im Fall von Neuwahlen Stimmeinbußen voraus.

Was dem bedrängten Kanzler zusätzlich in die Karten spielt: die Schwäche der zwei stärksten Oppositionsparteien. Sowohl Sozialdemokraten als auch Freiheitliche erlauben sich auf dem Höhepunkt einer veritablen Regierungskrise den Luxus interner Debatten über ihr Führungspersonal. Entsprechend gering ist das Interesse an baldigen Neuwahlen.

Die Langmut des Wahlvolks und das Beharrungsvermögen der politischen Klasse zählen zum Inventar österreichischer Politik. Ein passendes Belegfoto lieferten am Mittwoch, zur Wiedereröffnung der Schanigärten, die aktuellen Hauptdarsteller: Im Wiener Prater posierten Kanzler Kurz und der grüne Vizekanzler Werner Kogler gemeinsam – vor sich gebratene Stelze und vegetarische Frikadelle.

Wirklich wohl schien sich dabei vor allem einer zu fühlen: Sebastian Kurz. Walter Mayr